

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 10

Artikel: Michail Gorbatschows neue Politik für die UdSSR : "Wenn Ihr mitmacht!"
Autor: Bender, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340275>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Gespräch über die Kantons-
grenzen hinaus fehlt oft. Fragen
über individuelle regionale Pro-
bleme werden kaum diskutiert.
Es gibt zwar die Kantonssekre-
tärenkonferenz, die bekanntlich
schlecht besucht wird. Der Par-
teivorstand ist nicht nur oberstes
Gremium zwischen den Partei-
tagen, er ist auch das eigentliche
Forum der Kantonalparteien.
Die Kantonsvertreter bilden
dort die Mehrheit. Sie können
auch die Traktandenliste be-

stimmen, was leider viel zu we-
nig oft geschieht. Kantonalpar-
teien und Sektionen sollten auch
keine Hemmungen haben, Ver-
treter der Geschäftsleitung und
des Zentralsekretariates abzurufen,
sie zu sich einzuladen. Und
dies nicht nur am 1. Mai. Bisher
ist eigentlich nur der Parteipräsi-
dent unentwegt auf Sektionsbe-
such. Der Kontakt zwischen
Parteileitung und Sektionen
müsste auf breiterer Basis ver-
stärkt werden.

ideal; er will den Geist der 20er
Jahre wieder beleben, Schwung
erzeugen, Hoffnung wecken.
Manches scheint ihm zu gelin-
gen. Seit Chruschtschow soll er
der erste sein, dem man zuhört,
dessen Reden man liest, sogar
diskutiert, nicht nur in der Ver-
sammlung, auch im Bus oder
beim Bier.

Niemand, jedenfalls kein Aus-
senstehender, weiss, wie weit,
wie tief das geht und wie lange es
anhält. Aber es ist billig, darauf
zu verweisen, dass beim Riesen-
schiff Sowjetunion jede Kursän-
derung unendlich lange braucht,
dass jeder Elan erlahmt und
Hoffnung leicht in Enttäu-
schung umschlägt. Man muss
Volldampf geben, um auch nur
mit Viertelkraft voranzukom-
men.

Sicher erscheint in jedem Fall: in
Moskau regiert jetzt einer, der
sich nicht mit der Macht be-
gnügt, sondern damit auch et-
was anfangen will. Gorbatschow
beginnt, wo jeder, auch
wenn er nicht Marxist wäre, be-
ginnen muss, mit der Moderni-
sierung der Wirtschaft. Solange
sie nicht gelingt, fehlt oder
schwindet die Grundlage für al-
les, was die Sowjetunion
braucht und wünscht – innen-
wie aussenpolitisch. Den grös-
ten Teil der Arbeit, die Be-
kämpfung der schreienden
Missstände, muss sie selber tun.
Doch zur Überwindung der viel-
fältigen Rückstände wäre es
nützlich oder vielleicht sogar nö-
tig, sich der Mithilfe anderer zu
versichern.

Schon vor Monaten scheint
Moskau im östlichen Europa ge-
prüft zu haben, was wo am be-
sten entwickelt und auch für die
Sowjetunion brauchbar ist. Die
Polen zogen sogleich den Ver-
gleich zum Zaren Peter dem
Grossen, dem Mann, der Russ-
land mit Hilfe Europas moder-
nisierte. Möglichst viel aus eige-
ner Kraft zu schaffen, also mit
der Kraft des ganzen Ostlagers –
das ist ersten ökonomisch und

Michail Gorbatschows neue Politik für die UdSSR

«Wenn Ihr mitmacht!»

Von Peter Bender

Mitten auf dem Nevskij-Pro-
spekt, der Hauptstrasse von Le-
ningrad, kam Michail Gorbatschow
mit den Leuten ins Ge-
spräch: der erste Mann der Sow-
jetunion diskutierte mit ihnen,
sie mit ihm –, ein unerhörter
Vorgang in einem Land, wo die
höchste Führung hinter zugezo-
genen Gardinen im Hundert-Ki-
lometer-Tempo auf besonderen
Fahrspuren durch die Städte
rast. Die Szene endete damit,
dass eine Frau dem Generalsek-
retär nachrief: «Machen Sie
weiter so, Genosse Gorbatschow!»
Der wandte sich noch
einmal um und rief zurück:
«Wenn Ihr mitmacht!»

Zwanzig Jahre lang, seit dem
Sturz Nikita Chruschtschows,
hat sich im Inneren der Sowjet-
union wenig bewegt. Unord-
nung, in fast jeder Beziehung,
wurde zur Gewohnheit; Gleich-
gültigkeit war die Folge. Die
Wirtschaft lief, aber mehr
schlecht als recht. Leistung wur-
de gefordert, aber nicht belohnt.
Die Zuwachsraten sanken bis in
die Nähe der Stagnation, aber
Ansprüche und Anforderungen

stiegen. Jetzt, seit Gorbatschows
Machthantritt, geht eine
Welle der Kritik über das ganze
Land, sie wird von oben ermun-
tert und scheint unten erleich-
ternd, sogar befreiend zu wir-
ken; endlich kann man sagen,
was ist: was unmöglich, unver-
antwortlich, unerträglich ist.
Die Kritik geht nicht ins Grund-
sätzliche, sondern ins Prakti-
sche, das System soll nicht geän-
dert, es soll funktionsfähig wer-
den.

Gorbatschow hat die Titanenar-
beit auf sich genommen, die Sow-
jetunion aufzuräumen und in
Ordnung zu bringen. Das be-
ginnt beim totalen Wodka-Ver-
bot, ausser im streng privaten
Bereich, und es endet beim Mas-
senhinauswurf von unfähigen
oder korrupten Funktionären.
Die Zeit ist überreif für einen
neuen Anlauf, und der General-
sekretär nutzt die Situation. Er
reist durchs Land; taucht auf,
wo man ihn nicht erwartet;
spricht die Leute an, nicht auf
parteichinesisch, sondern auf
russisch; er verkündet seine Lei-
stungsmoral und sein Effizienz-

zweitens das sicherste, wenn man an Reagans Embargo-Politik denkt. Moskaus Anforderungen an seine Verbündeten werden vermutlich wachsen – wirtschaftlich, aber auch politisch, denn das Verlangen nach Ordnung und Disziplin kann nicht an der sowjetischen Grenze haltmachen, sondern erstreckt sich auf das ganze «Lager». Manche Verschärfung der polnischen Innenpolitik, auch gewisse Zurückhaltung der DDR gegenüber Bonn könnten hier ihre Ursache haben.

Aber aus eigener Kraft allein geht es nicht, auch Moskaus Verbündete brauchen die Zusammenarbeit mit dem Westen. Für die Sowjetunion wären die Vereinigten Staaten der natürliche Partner, sie allein haben die Grösse, um in grossem Stil den Kontinent zwischen Ostsee und Pazifik entwickeln zu helfen. Aber selbst wenn Präsident Reagan nicht die Schädigung der sowjetischen Wirtschaft im Auge zu haben schiene – die Amerikaner scheiden als Partner Moskaus aus, denn langfristige und umfangreiche Kooperation bedeutet gewisse Abhängigkeit, und vom Rivalen im Machtkampf macht man sich nicht abhängig. Schon vor 15 Jahren interessierte sich der Kreml deshalb für Westeuropa: es ist wirtschaftlich und technisch leistungsfähig, politisch aber ungefährlich. Etwa 80 Prozent ihres Westhandels wickelt die Sowjetunion schon heute mit Westeuropa ab, und sehr vieles spricht dafür, dass Gorbatschow hier das Hauptfeld für Ost-West-Zusammenarbeit sieht.

Wenige Tage nach seiner Wahl zum Generalsekretär, bei der Aussenminister Gromyko wesentlich mitgewirkt haben soll, wünschte Gromyko die Arbeitsteilung der letzten sechs bis acht Jahre fortzusetzen: er als Chef der Aussenpolitik, Gorbatschow als Chef für den Rest.

Doch der Generalsekretär wollte weder die Macht teilen noch Gromykos Kurs fortführen, den Kurs der Konzentration auf Washington, alles andere war und blieb für Gromyko fast immer zweitrangig. Nun ist der Aussenminister Staatsoberhaupt, er wird als Politbüromitglied und kraft Autorität weiter Einfluss auf die Aussenpolitik haben, aber bestimmen wird Gorbatschow. Schon seine Aktivität deutet darauf.

Im November trifft er sich mit Reagan, die wichtigsten Westeuropäer sieht er schon früher. Bei Margret Thatcher war er, bevor er Generalsekretär wurde; er empfing den italienischen Ministerpräsidenten Craxi und ehrte Willy Brandt, im Herbst will er nach Paris. Gorbatschow versucht, zwischen EG und der östlichen Wirtschaftsgemeinschaft geregelte Beziehungen zu schaffen – vermutlich mit der Absicht, den Westhandel der kleinen Ostländer besser zu kontrollieren, aber auch in der Einsicht, dass eine Anerkennung der EG unvermeidlich ist, wenn dauerhafte und stabile ökonomische Verbindungen entstehen sollen. Nicht öffentlich, aber ganz deutlich wird in Moskau bestätigt, dass sich aus Gorbatschows neuer Innen- und Wirtschaftspolitik zwingend auch eine veränderte Aussenpolitik ergebe: Die Atomgrossmacht USA bleibt das Hauptproblem, aber Westeuropa soll der Hauptpartner werden. Das sowjetische Interesse an Westeuropa müsste um so viel grösser werden, wie der Drang und Zwang zur Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft grösser geworden ist. Dem entspricht, was derzeit in Moskau zu hören ist: «Zur Not geht es allein, aber mit Euch zusammen geht es viel leichter und schneller.»

Eine zweite Entspannungspolitik erscheint möglich. Allerdings: jede Grossmacht, die Entspannung will, diszipliniert

zunächst ihr Bündnis: Kissinger versuchte das 1970, wie Gorbatschow es jetzt wohl versucht. Bonn wird mehr noch als vorher auf Moskau achten müssen, wenn es mit Ost-Berlin oder Budapest verkehrt. Aber das ist Erfahrungsgemäss nur der Anfang, denn je mehr wir mit Moskau beginnen, desto breiter werden die Wege nach Ost-Berlin oder Budapest.

Doch wozu ist die Bundesregierung überhaupt bereit? Die sowjetische Kritik an ihr erscheint auffallend milde. Der Moskau-Besucher Ende Juni spürte ein starkes Interesse, möglichst viel mit der Bundesrepublik gemeinsam zu machen, hörte zugleich aber Zweifel, ob man sich auf Bonn verlassen kann, wenn Washington verstärkt auf Distanz oder gar Konfrontation zum Osten drängt. Zur westdeutschen Wirtschaft hat die sowjetische Führung fast unbegrenztes Vertrauen; bei Kohl weiss sie nicht, wohin er treibt oder sich treiben lässt. Es ist kein Zufall, dass Gorbatschow nach Paris fährt, mit Engländern und Italienern redet, aber Kohl rechts liegen lässt.

Die Regierung Kohl/Genscher will, wenn man die Rhetorik beiseite lässt, das gleiche wie ihre Vorgänger; sie möchte das Netz der Ost-West-Beziehungen so dicht und fest knüpfen, dass es die Belastungen der Weltpolitik trägt. Die Frage ist aber, ob sie die Kraft dazu hat. Ob sie sich aus dem Satelliten-Denken befreit, wonach allein zählt, was zwischen Washington und Moskau geschieht. Ob ihr europäisches Selbstgefühl stark genug ist, um nicht jede sowjetische Geste für Westeuropa als Spaltungsversuch der NATO zu begreifen.

Zusammenarbeit mit der Sowjetunion heisst nicht Trennung von den Vereinigten Staaten. Westeuropa bleibt Amerikas Verbündeter, doch es kann jetzt wieder, und vielleicht verstärkt,

Frieden und Sicherheit auch auf nicht-militärische Weise stabilisieren. Wenn die Sowjetunion Europa braucht, dann sollten

wir mit der Sowjetunion für Europa arbeiten. Die Voraussetzung ist Zuverlässigkeit, gegenüber den Amerikanern als Ver-

bündeter und gegenüber den Russen als Partner.

(Copyright by «Die Neue Gesellschaft»)

Postulate für die schweizerische Aussenhandelspolitik

Vom Egoismus zur Solidarität

Von Hans Peter Schmid

Eine kürzlich von einer «Interkonfessionellen Informationsstelle Glaube & Wirtschaft» herausgegebene Broschüre mit dem Titel «Dritte Welt und wir – mitverantwortlich oder mitschuldig?» macht es sich einfach. So kommt sie nach 70 Seiten Studie zum Schluss: «Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Industrie- und Entwicklungsländern wirken sich gesamthaft gesehen für alle Beteiligten vorwiegend positiv aus. Eine einseitige Bevorteilung der einen oder Benachteiligung der andern Seite kann nicht festgestellt werden.»

Im Klartext bedeutet diese Schlussfolgerung: Unser Eigeninteresse deckt sich natürlich und automatisch mit dem Interesse aller, oder noch rudimentärer: Unser Wohl ist aller Wohl. Es ist dies eine uralte liberale Haltung, die gewissermassen von Adam Smith, dem Ökonomen des 19. Jahrhunderts, bis zu den heutigen Unternehmensgrundsätzen der Ciba-Geigy reicht. Dort steht z.B. geschrieben: «Unsere Unternehmensgrundsätze halten fest, dass Wirtschaft dem Menschen und der Gesellschaft zu dienen hat, wirtschaftlicher Erfolg aber erst ermöglicht, diese dem Unternehmen gesetzten Aufgaben zu erfüllen.» Aus dieser Aufgabe – so schreibt die Ciba-Geigy weiter – leiten wir für die Länder der

Dritten Welt die Unternehmensgrundsätze ab.

Ob der eigene Erfolg wirklich zum Wohle aller führt, muss angezweifelt werden. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass heute das absolute Ausmass von Hunger, Krankheit und Elend grösser ist als noch vor vierzig Jahren. Ein einziger Blick auf die gewaltige Schuldenlast der Drittweltländer genügt, um zu wissen, dass es äusserst schwierig sein wird, aus dem Sumpf der Misere herauszukommen. *Trotz* unseres Kapitals, trotz unserer supermodernen Güter, Maschinen, Pestiziden, Pharmazeutika, Milchpulver hat das Elend zugenommen. Oder sagen wir es noch härter: *Wegen* unseres Kapitals und *wegen* unserer Güter hat sich die Entwicklung zur Fehlentwicklung beschleunigt. Diese Feststellung kann uns nicht gleichgültig lassen. Nur wenige ahnen, in welchem Ausmass die Schweiz in die Wirtschaften der Drittweltländer verstrickt ist. Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen:

Die Schweiz exportierte im vergangenen Jahr für rund 12 Milliarden Franken Güter in die Dritte Welt. Der Nettokapitalfluss zwischen der Schweiz und der Dritten Welt beträgt 6,7 Milliarden im Jahre 1983. (Hier ist anzumerken: Nettokapitalfluss heisst *Saldo*, umschreibt also die Grössenordnung *nach* Abzug al-

ler Rückflüsse). Die Summe des jährlich hinausfliessenden Kapitals ist viel grösser. Eine weitere Zahl gibt einen Hinweis darauf: Gegenwärtig haben die Schweizer Banken etwas 25 Milliarden Franken in der Dritten Welt ausstehend (wovon saftige Zinseinnahmen zurückfliessen). Und bekanntlich sind nicht nur unsere Exporte, sondern auch die Präsenz an Ort enorm: Allein die 6 grössten Schweizer Multis beschäftigen 86 340 Menschen in den Ländern der Dritten Welt. Dies ist eine Zunahme von 64% im Zeitraum von 1970 bis 1980, während der Personalbestand in der Schweiz sich nur um 10% vergrössert hat. Und noch eine Tatsache, die die Bedeutung der Schweiz in der Dritten Welt erahnen lässt: Die Schweiz ist der grösste Investor in der Türkei, der drittgrösste in Brasilien und der viertgrösste in Mexiko.

Soziale und ethische Verantwortung

Wo so viele Milliarden im Spiel sind, braucht es eine soziale und eine ethische Verantwortung. Kein naiver Glaube in das automatisch Gute unseres Tuns, aber auch kein Hinweis auf unsere jährlichen 500 Millionen Franken Entwicklungshilfe kann sie uns abnehmen. Wir kommen nicht umhin, die Exporttätigkeit unserer Unternehmen zu über-